VR-04-121 Wehrhaft für den Frieden - Grüne Rüstungspolitik europäisch neu definiert

Antragsteller*in: KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg
Beschlussdatum: 10.11.2026

Änderungsantrag zu VR-04

Von Zeile 120 bis 122 einfügen:

- von Hinweisgeber*innen in Bundeswehr und Industrie. Beschleunigung darf nie Kontrollverzicht bedeuten. Wir fordern, dass die Bundesregierung die stark ausgeweiteten Direktvergaben und gelockerten Vergaberegeln zurücknimmt. Mit der angehobenen Wertgrenze für Direktaufträge des Bundes von 15.000 auf 50.000 Euro wird Vetternwirtschaft und ein unwirtschaftlicher Umgang mit Steuergeldern riskiert. Zudem braucht es verbindliche tarifliche Arbeitsbedingungen auch bei Bundeswehr- und Rüstungsaufträgen unter 50.000 Euro. Stärkung der Verfolgung von und Konsequenzen für politische Entscheidungsträger in

Begründung

Milliardenschwere zusätzliche Rüstungsausgaben treffen auf gelockerte Vergaberegeln, mehr Direktvergaben und gleichzeitig eine Ausnahme von Tariftreuevorgaben. Es braucht transparente Ausschreibungen, Kontrolle des Steuergeldeinsatzes und verbindliche tarifliche Arbeitsbedingungen auch bei Bundeswehr- und Rüstungsaufträgen unter 50.000 Euro.